

Was für ein Theater!

bz Region Basel, 31.3.2023

Fünf Monate. So lange dauert es, bis nach erstmaligen Berichten über Missbrauchsfälle an der Ballettschule Theater Basel (BTB) eine unabhängige Untersuchung vorliegt. Das Resultat: Die beschuldigte Direktorin der BTB hat ihre Fürsorgepflicht nicht genügend gewahrt, Tänzerinnen waren Herabsetzungen ausgesetzt. Sie wurden unter Druck gesetzt, Gewicht zu verlieren. Im Bericht ist von einem «Klima der Angst» die Rede. Die Ballettschule hat die Ergebnisse der Untersuchung vor kurzem in diesen Worten zusammengefasst und sich für die Vergehen entschuldigt.

Wer selber Einsicht nehmen möchte in den Bericht, blitzt allerdings ab. «Wir geben den Bericht nicht heraus», so die Antwort von Adrienne Develey, die gemeinsam mit Ballettdirektor Richard Wherlock die Schule präsidiert. Zur Erinnerung: Die Ballettschule erhielt in den vergangenen Jahren mehrmals Überbrückungsfinanzierungen seitens Kanton. 965 000 Franken waren es im Februar dieses Jahres,

168 000 Franken im April 2022, 57 000 Franken im Mai 2021.

Auch für das Theater Basel und das zuständige Erziehungsdepartement (ED) ist die aktuelle Krise ein Armutszeugnis, wie sich in verschiedenen Situationen in den vergangenen Monaten zeigte. Am Tag nach Bekanntwerden der Vorwürfe betont das Theater Basel auf Anfrage seine tiefe Betroffenheit. Man nehme das Thema «sehr ernst», auch wenn die Ballettschule nie als Ausbildungsstätte für das Basler Ensemble gedacht war. Nur: Wer erfahren möchte, welche Massnahmen die Kulturinstitution zur Verhinderung von Missbrauch trifft, läuft auf. Die bz hat es versucht, mehrmals – jedes Mal vergebens.

Ein kurzer Blick zurück. Februar 2023: Das vereinbarte Interview im Theater Basel zum Thema Missbrauch im Ballett findet nicht statt, Chefredaktor und Kulturchefin werden von Theaterleiter Benedikt von Peter und Ballettdirektor Richard Wherlock

entrüstet aus dem Intendantenbüro hinauskomplimentiert, noch bevor überhaupt eine erste Frage gestellt wird.

Mit der Ballettschule Theater Basel habe man nichts zu tun, so das Credo. Formell sind die zwei Institutionen tatsächlich getrennt. Es gilt aber ein für alle

Ein Theater für alle kann bei Fragen zu Mobbing und Missbrauch nicht einfach untertauchen.

mal festzuhalten: Personell sind sie offensichtlich verbandelt. Im sechsköpfigen Vorstand der Ballettschule sitzen mit Adrienne Develey, Richard Wherlock und Caroline Barthe drei Personen, die auch dem Verwaltungsrat oder der Leitung des Theaters Basel angehören.

Eine ähnliche Strategie der Kommunikationsumschiffung legte das Theater schon in einem anderen Fall an den Tag. Vergangenes Jahr stellte die bz zum ersten Mal kritische Fragen zur Personie Adolphe Binder, die demnächst als neue Ballettchefin antreten wird. Sie wehrte sich vor vier Jahren erfolgreich vor Gericht, nachdem ihr am Tanztheater Wuppertal wegen Mobbingvorwürfen fristlos gekündigt wurde.

Die bz erlaubte sich, beim Theater Basel dennoch nachzufragen, was es gegen Mobbing unternimmt und wie es sicherstellt, dass es nicht zu ähnlichen Vorwürfen kommt. Die kurz gehaltene, schriftliche Anfrage wurde mit dem Verweis auf «konfliktorientierte Fragen» nie schriftlich beant-

wortet. Stattdessen griff Theaterchef Benedikt von Peter zum Hörer und erzählte in einem Telefonat von seinen Überlegungen, nur um danach sämtliche Aussagen wieder zurückzuziehen.

Dieses Verhalten steht in krassem Widerspruch zum Image, das sich das Theater gegen aussen geben möchte. Von Peter propagiert mit dem Foyer Public einen Raum für alle, will das Theater für die breite Bevölkerung zugänglich machen. Allein: Es reicht nicht, Inszenierungen für verschiedene Altersgruppen und günstigere Tickets anzubieten. Ein Theater für alle kann bei Fragen zu Mobbing und Missbrauch nicht einfach untertauchen. Schon gar nicht, wenn es jährlich 41 Millionen Franken an Staatsgeldern erhält.

Das Schweigen ist derweil nicht allein den Kultureinrichtungen vorbehalten. Auch das ED äussert sich auf Anfrage nicht. Dabei hat dieses seine Aufsichtsfunktion im Fall der Ballettschule nicht genügend wahrgenommen, wie in der

Grossratsdebatte im Februar Parteivertreterinnen und -vertreter von links bis rechts betonten. ED-Vorsteher Conradin Cramer blieb derweil bei seiner Ansicht, die Lehraufsicht habe ihre Pflichten erfüllt, auch wenn diese «nicht das ideale Instrument für diese Art von Begleitung» sei.

Zweimal fragte die Kulturredaktion der bz seither an, ob sie ein Interview mit Cramer führen dürfte. Vergebens: Mehrere Wochen lang kommt keine Rückmeldung. Auf die dritte Anfrage bietet das ED zunächst ein schriftliches Interview an. Um es in Cramers Worten aus der Grossratsdebatte zu sagen: «Das ist alles andere als optimal.» Immerhin ist inzwischen ein persönliches Gespräch geplant.



Mélanie Honegger
melanie.honegger@chmedia.ch